



## Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- wissen, welche unterschiedlichen Koalitionsvarianten nach der Bundestagswahl möglich sind.
- in arbeitsteiliger Gruppenarbeit jeweils eine der vier möglichen Koalitionsvarianten bearbeiten und wesentliche Pro- und Kontra-Argumente mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erläutern können.
- sich kritisch mit den einzelnen Szenarien auseinander setzen und diese diskutieren können.

## Aufgaben für die Gruppen

Lesen Sie sich beiliegenden Zeitungstext aufmerksam durch und beantworten Sie folgende Fragen:

- 1) Welche Parteien müssten sich bei der genannten Koalitionsvariante zusammenschließen? Beschreiben Sie die beschriebene Koalitionsvariante (anschaulich).
- 2) Welche Argumente sprechen aus Sicht der Privaten Haushalte sowie der Unternehmen für diese Koalitionsvariante? Wo gibt es Gemeinsamkeiten bei den Parteien? Welche Meinung vertreten die Parteivorsitzenden mit Blick auf dieses Szenario?
- 3) Was spricht aus Sicht der Privaten Haushalte und der Unternehmen gegen diese Konstellation? Wo gibt es Probleme, Unstimmigkeiten zwischen den Parteien?

Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse vor der Klasse und diskutieren Sie Ihre Alternative!

### Hinweis:

Die unterschiedlichen Koalitionsvarianten können anschaulich anhand eines „Mensch-ärgere-dich-nicht“-Spiels demonstriert werden.

Es werden vier Gruppen gebildet, die jeweils eine Koalitionsvariante erarbeiten:

Variante 1: „Jamaika-Koalition“

Variante 2: „Ampel-Koalition“

Variante 3: „Sanierungscoalition“

Variante 4: „Große Koalition“



## Spiel der Farben

### Merkel fängt die Grünen ein

#### Variante 1: Eine "Jamaika-Koalition" vereint erstmals Union, FDP und die Öko-

5

Nach dem offenen Ergebnis der Bundestagswahl spielen die Parteien auch bislang für unmöglich gehaltene Koalitionsvarianten durch: Schwarz-Rot, Rot-Schwarz, eine schwarze Ampel aus Union, FDP und Grünen sowie eine rote Ampel aus SPD, Grünen und FDP sind die angedachten Konstellationen. Hier vier Szenarien, wie es dazu kommen könnte.

10

Am schnellsten haben Sonntagabend der CDU/-CDU-Fraktionsvize Wolfgang Schäuble und die CSU die Zeichen der neuen Zeit erkannt. Um regieren zu können, muss die Union die politische Farbenlehre neu erfinden. Angela Merkel muss eine so genannte "Jamaika-Koalition" zusammenstellen. Und deshalb wirbt der Stoßtrupp dieser Lösung am Wahlabend um die Grünen. "Die Partei hat sich gut entwickelt", findet etwa CSU-Landesgruppenchef Michael Glos. Nachdem Grünen-Spitzenkandidat Joschka Fischer vorsichtig mit dem Versuchsballon umgeht und ihn nicht gleich platzen lässt, wittert die Unionsführung, dass hier etwas geht.

15

Die bisherige Rhetorik vom Untergang des Abendlandes durch eine Regierungsbeteiligung der Grünen verschwindet völlig. Merkel verordnet eisern Stillschweigen, die kulturelle Distanz zwischen Unions- und Grünen-Politikern wird nicht mehr erwähnt. Dafür betont die frühere Umweltministerin ihre ökologische Seite. Zudem erinnern Unions-Politiker in Interviews geschickt an die "Pizza-Connection" junger Abgeordneter. Es habe sich doch gezeigt, "dass sich die Zeiten längst geändert haben", meint etwa der CDU-Abgeordnete Eckhart von Klæden.

20

In der Union wird hinter den Kulissen knallhart kalkuliert: Schafft es Merkel, ein solches Bündnis hinter sich zu sammeln, sieht die Wahl nicht mehr wie eine Niederlage, sondern eher wie ein Aufbruch zu neuen Ufern aus. Endlich sind die Konservativen nicht mehr nur auf die FDP als Koalitionspartner angewiesen. Was nicht offen erwähnt wird: Merkels innerparteiliche Gegner spekulieren darauf, dass eine "Jamaika-Koalition" nicht sonderlich stabil sein wird - und das Kapitel Merkel deshalb bald erledigt sein dürfte.

25

In mehreren Telefonaten bittet Merkel jedenfalls den FDP-Chef Guido Westerwelle, seinen Widerstand gegen eine solche Koalition aufzugeben. "Es wäre kein Verrat, Guido, das Land braucht Euch", mahnt sie ihn. Westerwelle schwankt zunächst, lässt sich dann aber von dem Argument überzeugen, dass die Grünen in einer Koalition zweier bürgerlicher Parteien unter Kontrolle gehalten werden können. Tatsächlich gibt es erhebliche Übereinstimmungen zwischen beiden kleinen Parteien etwa in der Innen- und Außenpolitik.

35

In knapp zwei Wochen bringt Westerwelle die zunächst durch den Kurswechsel verunsicherten Liberalen auf Kurs. Ein wichtiges internes Argument lautet dabei: Sollte es wirklich zu keiner Regierungsbildung kommen, dann würde gerade die FDP bei den dann drohenden Neuwahlen abgestraft. "Guido, mach es", drängt ihn deshalb nach einer Schamfrist auch Rainer Brüderle.

40

Bei den Grünen leitet Fischer den überraschenden Wechsel ein. Sicher, er selbst steht nicht mehr für ein Merkel-Kabinett zur Verfügung. Aber zum einen stört das einige ehrgeizige Parteifreunde wie Reinhard Bütikofer und Renate Künast wenig. Hinter den Kulissen hat Merkel ihnen längst einen attraktiven Kabinettsposten angeboten. Dafür muss der Alt-Linke Jürgen Trittin weichen. Zum anderen sitzt der Groll auf Bundeskanzler Schröder bei den Grünen tiefer als vermutet - dort hatte man die vorgezogene Neuwahlen abgelehnt. Wichtig für den Schwenk ist aber auch bei den Grünen eine strategische Überlegung: Wenn es die Ökopartei schafft, eine Koalition mit der Union einzugehen,

45

wäre sie aus der Abhängigkeit von den Sozialdemokraten befreit. Gute Voraussetzung für den Kampf um einen Platz in der Mitte der Parteien. Sicher, in der Folge probt ein Teil der Grünen den Aufstand. Die Linke und auch der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele rebellieren. Einige Abgeordnete verlassen sogar die Fraktion. Aber die "Realos" behalten die Überhand - und verzichten vorerst auf einen Parteitag.

50

Nachdem Paul Kirchhof nicht mehr der Regierungsmannschaft angehört, plädieren nun auch grüne Feministinnen dafür, erstmals eine Kanzlerin zu wählen. Die schwarz-gelbe-grüne Mehrheit für Angela Merkel steht.

55

*Autor: Rinke, Andreas*

## Ampel gibt dem Kanzler freie Fahrt

### Variante 2: Die FDP macht doch bei einer Koalition mit SPD und Grünen mit

5 Nach dem offenen Ergebnis der Bundestagswahl spielen die Parteien auch bislang für  
 unmöglich gehaltene Koalitionsvarianten durch: Schwarz-Rot, Rot-Schwarz, eine schwar-  
 ze Ampel aus Union, FDP und Grünen sowie eine rote Ampel aus SPD, Grünen und FDP  
 sind die angedachten Konstellationen. Hier vier Szenarien, wie es dazu kommen könnte.  
 Am Anfang war es nur eine Schnapsidee. Doch am Sonntagabend wurde es ernst: Um die  
 eigene Macht zu behalten, bereiten die Strategen in der SPD eine Ampelkoalition mit FDP  
 10 und Grünen vor. Dazu geht Bundeskanzler Gerhard Schröder in drei Schritten vor: Er  
 unterstreicht noch am Abend seinen Führungsanspruch auf die Kanzlerschaft. Denn die  
 SPD darf erst gar nicht in die Defensive kommen, auch wenn sie nur zweitstärkste Frak-  
 tion im Bundestag wird. Mit Außenminister Joschka Fischer ist der zweite Schritt bereits  
 vor Schluss der Wahllokale heimlich abgesprochen worden: Fischer hat die Aufgabe, die  
 15 Grünen auf den Pfad einer möglichen Koalition mit den Konkurrenten, den Liberalen, zu  
 führen. Deshalb äußert sich der Außenminister auch sehr moderat. Die Debatte gewinnt  
 ab Montag richtig an Fahrt. Am schwierigsten ist der dritte Schritt: Wie kann die FDP ü-  
 berzeugt werden, mit SPD und Grünen zu koalieren? Schröder und seine Mannen setzen  
 vor allem auf den Faktor Zeit. Sicher haben FDP-Chef Guido Westerwelle, eine ganze  
 20 Phalanx von liberalen Politikern und sogar der FDP-Parteitag sich auf ein Bündnis nur mit  
 der Union festgelegt. Aber das entstandene Patt löst eine breite öffentliche Diskussion  
 aus. Mit jedem Tag, an dem keine Regierung zustande kommt, wächst der Druck auf die  
 kleinen Parteien, doch eine Koalition zu bilden.

Die ersten Liberalen denken um, fordern zunächst eine Koalition mit Grünen und Union.  
 Doch dann scheitern diese Gespräche an den Grünen. Da die FDP nun grundsätzlich wie-  
 25 der ans Regieren denkt, wabert die parteiinterne Debatte weiter. Ein Teil der FDP-  
 Führung mahnt, es sei eigentlich grotesk, ausgerechnet mit einem der besten Ergebnisse  
 in der liberalen Geschichte wieder in die Opposition zu gehen. Andere verweisen mit Sor-  
 ge darauf, was eigentlich passiert, wenn es wieder zu Neuwahlen kommen sollte: Die  
 FDP könnte der eigentliche Verlierer werden. Sowohl von der Union wie der SPD bekäme  
 30 sie den Schwarzen Peter zugeschoben, dass sie sich einer Koalitionsbildung verweigerte.  
 Die Liberalen müssten zudem fürchten, dass sich das auch taktisch motivierte Wahler-  
 gebnis nicht wiederholen lässt. Der Schock über das politische Patt könnte die Wähler bei  
 einer Wahlwiederholung wieder zu den großen Parteien treiben.

Führende SPD-Politiker unterstreichen unterdessen, welche guten Erfahrungen man bislang  
 35 mit sozialliberalen Koalitionen gemacht habe. Zudem werden die Übereinstimmungen in  
 den Programmen betont. Gemeinsam sei man doch gegen die von der Union geplante  
 Mehrwertsteuererhöhung gewesen, meint Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Der  
 FDP werden hinter den Kulissen nicht nur attraktive Ministerposten in einer Ampelkoali-  
 tion angeboten. Schröder verspricht ihr auch, sie als wirtschaftspolitisches Korrektiv einzu-  
 40 setzen. "Sie wollen doch dasselbe wie ich, nämlich Reformen", wirbt er in persönlichen  
 Gesprächen.

Das Problem: FDP-Chef Guido Westerwelle will bei der Ampellösung nicht mitspielen.  
 Doch in der Partei finden viele zunehmend Gefallen an der Idee. Mit der Zeit setzt eine  
 45 Debatte ein, ob es dann nicht eines neuen Vorsitzenden bedürfe.

Die SPD-Linke ist dagegen schnell eingeschwenkt. Die frühere Jusos-Chefin Andrea Nahles  
 spricht sich am Montag für eine Ampel aus. Sie wirbt auf dem linken Flügel mit dem ent-  
 gegengesetzten Argument wie Schröder: Falls SPD und Grüne in der Koalition seien, be-  
 käme man die Liberalen schon in den Griff.

Unproblematisch verläuft der Umdenkprozess bei den Grünen. Sicher, es gibt eine Revol-  
 50 te am linken Rand. Doch die Parteiaustritte einiger Abgeordneten fallen angesichts der  
 soliden Mehrheit nicht ins Gewicht. Fischer bleibt Außenminister, der für die Liberalen  
 untragbare Jürgen Trittin wird aufs Altenteil geschickt. Die rot-gelb-grüne Mehrheit für  
 die Wahl von Schröder zum Kanzler steht.

Autor: Rinke, Andreas

## Männerbund setzt auf Schwarz-Rot

### Variante 3: CDU-Ministerpräsidenten überzeugen ehemalige SPD-Kollegen zur Sanierungskoalition

5 Nach dem offenen Ergebnis der Bundestagswahl spielen die Parteien auch bislang für  
 unmöglich gehaltene Koalitionsvarianten durch: Schwarz-Rot, Rot-Schwarz, eine schwar-  
 ze Ampel aus Union, FDP und Grünen sowie eine rote Ampel aus SPD, Grünen und FDP  
 sind die angedachten Konstellationen. Hier vier Szenarien, wie es dazu kommen könnte.  
 Hessens CDU-Ministerpräsident Roland Koch reagiert als erster. Als die ersten Prognosen  
 10 am Nachmittag des Wahltages einlaufen, wird ihm klar, dass der Weg zur Macht wegen  
 des knappen Unions-Vorsprungs nur mit einer Kanzlerin Angela Merkel (CDU) möglich ist.  
 Mit Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff würgt er parteiinterne Kritik an Mer-  
 kels Wahlkampf ab - und spricht sich für eine große Koalition unter ihrer Führung aus.  
 Noch in der Nacht sprechen beide mit Günther Oettinger, Ministerpräsident Baden-  
 Württembergs, und dem Finanzexperten Friedrich Merz. Alle vier hatten sich vor Jahren  
 15 auf einer Südamerikareise im "Andenpakt" gegenseitige Karriereunterstützung verspro-  
 chen. Am Wahlabend grummelt Merz zwar kurz, dass im Wahlkampf Fehler gemacht  
 wurden - lehnt danach aber Interviews ab.

Der Männerbund ist sich einig: Eine schwarz-rote Koalition wäre ein konstruktives Signal.  
 Sie würde als "Sanierungskoalition für Deutschland" von der Wirtschaft unterstützt. Vier  
 20 Jahre durchhalten würde sie aber kaum - und eröffnet damit den politischen Freunden  
 Aussichten aufs Kanzleramt. Anders als eine schwarz-gelb-grüne Koalition würde  
 Schwarz-Rot den Ministerpräsidenten das Blockadeinstrument Bundesrat erhalten, weil  
 dort Schwarz und Schwarz-Gelb die Mehrheit stellen. Auch Bayerns Ministerpräsident  
 Edmund Stoiber (CSU) macht deutlich, dass er mit einer großen Koalition weitaus besser  
 25 klar käme als mit einer schwarz-gelb-grünen Koalition. Ohnehin glaubt von den Minister-  
 präsidenten keiner, dass sich FDP und Grüne später am Kabinetttisch auf irgendetwas  
 einigen könnten - zu tief sitzt die gegenseitige Abneigung von Guido Westerwelle (FDP)  
 und Joschka Fischer (Grüne). Stoiber findet es auch gar nicht lustig, als sich Fischer am  
 Tag nach der Wahl darüber mokiert, dass er sich Merkel und Stoiber so gar nicht mit den  
 30 "Dreadlock"-Frisuren der Jamaikaner vorstellen könne.

Weil sich aber die SPD zunächst fest um Bundeskanzler Gerhard Schröder schart, heißt  
 es, Zeit zu gewinnen. Merkel redet deshalb als erstes mit der FDP und dann mit den Grü-  
 nen, während die Andenpaktler ihre Telefondiplomatie in der SPD beginnen. Erste Adres-  
 35 sen: Die abgewählten SPD-Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel (Niedersachsen) und Peer  
 Steinbrück (NRW), sowie Kurt Beck, der in Rheinland-Pfalz Anfang 2006 Wahlen besteh-  
 en muss. Hatte man nicht im Ministerpräsidentenkreis über die Lagergrenzen hinweg  
 gemeinsame Positionen gefunden, gerade in der Steuerpolitik und für den Arbeitsmarkt?  
 Und braucht nicht die SPD dringend frische Gesichter, nach dem Scheitern von Rot-Grün,  
 von Schröder-Müntefering-Clement-Eichel? Gabriel ist elektrisiert: Unter Schröder rech-  
 40 net er sich kaum Karrierechancen aus. Er telefoniert nun fast täglich mit Beck. Der kann  
 sich Schwarz-Rot zwar gut vorstellen, fände aber wegen seiner rot-gelben Landesregie-  
 rung auch die rot-gelb-grüne Ampel nicht schlecht.

Am schwierigsten gestalten sich die Gespräche mit Steinbrück. Täglich ruft Koch bei ihm  
 an, erinnert an die alten Zeiten: Gemeinsam hätten sie doch vor zwei Jahren die Koch-  
 45 Steinbrück-Liste zum Subventionsabbau entwickelt. Und fanden nicht alle diese Liste gut?  
 Vizekanzler bei Merkel wäre doch kein schlechter Posten, schmeichelt Koch. Doch  
 Steinbrück zögert. Zu sehr fühlt er sich Schröder verbunden, als dass er den Königsmör-  
 der geben will. Freundschaften, sagt er zu Koch, die schmeißt man doch nicht mal eben  
 so weg. Das bekommt auch NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) zu hören.  
 50 Der bearbeitet Steinbrück ebenfalls: Das schlechte Wahlergebnis ermögliche doch eine  
 eher sozialdemokratisch ausgerichtete Arbeitnehmerpolitik jetzt auch mit Merkel, sagt er.  
 Bis zur Dresden-Nachwahl am 2. Oktober zeigt sich jedoch wenig Bewegung in den Vor-  
 sondierungen. Schröder badet im neuen Wohlwollen der Parteilinken, die sich gar nicht  
 mehr erinnern wollen, dass sie die Agenda 2010 einmal nicht mochten. Als aber die  
 55 Nachwahl überraschend deutlich zu Gunsten der CDU ausgeht, bröckelt in der SPD der

Rückhalt für Schröder. Es häufen sich Medien-Kommentare, nach denen der Noch-Kanzler zu akzeptieren habe, dass die stärkste Fraktion, also die Union, den Kanzler stellen müsse. Die Wirtschaft dringt auf eine stabile Regierung, ebenso die EU-Kommission. "Pattex-Schröder" höhnt die "Bild". Schröder muss um sein Nachwelt-Bild des mutigen und selbstlosen Reformkanzlers bangen.

60 Während Gabriel, Beck und Steinbrück noch hadern, tritt am 16. Oktober, dem Sonntag vor der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages, Schröder vor die Presse: Um weiteren Schaden vom Land abzuwenden, akzeptiere er die neuen Mehrheitsverhältnisse und trete zurück. Steinbrück werde in Absprache mit Parteichef Franz Müntefering Verhandlungen mit Merkel aufnehmen. Die SPD-Linke reagiert empört. Einzelne Abgeordnete drohen mit ihrem Wechsel zur Linkspartei, Schröders alter Widersacher Ottmar Schreiner vollzieht ihn. Rainer Wend vom Seeheimer Kreis und Hubertus Heil von den Netzwerkern jedoch begrüßen die Wende als notwendige Bereinigung des linken SPD-Randes. Sie denken bereits ans Wahlprogramm für die Zeit nach Merkel. Am 18. Oktober ist es soweit:

65

70 Angela Merkel wird zur Kanzlerin der schwarz-roten Koalition gewählt.

*Autorin: Riedel, Donata*

## Schröder führt die große Koalition

### Variante 4: Aber nach zwei Jahren wird gewechselt

Nach dem offenen Ergebnis der Bundestagswahl spielen die Parteien auch bislang für unmöglich gehaltene Koalitionsvarianten durch: Schwarz-Rot, Rot-Schwarz, eine schwarze Ampel aus Union, FDP und Grünen sowie eine rote Ampel aus SPD, Grünen und FDP sind die angedachten Konstellationen. Hier vier Szenarien, wie es dazu kommen könnte. Keiner hätte vor der Wahl an diese Möglichkeit gedacht. Doch Bundeskanzler Gerhard Schröder tritt am Sonntagabend strahlend vor die Kameras und macht unmissverständlich klar. "Ich will weiter Kanzler bleiben." In der so genannten Elefantenrunde schlägt er zwar über die Strenge und wirkt, als ob er getrunken hätte. Doch so sehr sich die Opposition, viele Journalisten und Zuschauer empören, sein emotionaler Ausfall hat keine Auswirkung. Entscheidender ist, dass der Machtmensch Schröder seine Botschaft sehr wohl gesetzt hat: Er, nur er, kann weiter Kanzler sein.

Die Wirkung dieser Finte entfaltet sich in den kommenden Stunden und Tagen sowohl inner- wie außerhalb der Partei. Führende Sozialdemokraten sprechen sich am Montag für Schröder als Kanzler aus. Weil er die SPD nach dem Umfragetief im Frühjahr wieder so hoch gebracht hatte, traut sich keiner der potenziellen "Kanzler-Mörder" in der Partei aus der Ecke. Statt dessen hagelt es Ergebenheitsadressen von Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel, Kurt Beck und vielen anderen. Tatsächlich hat Schröder den engsten Vertrauten bereits am Sonntag seinen Schlachtplan erklärt: Die SPD kann nur profitieren, wenn sie in der Kanzler-Frage hart agiert. Denn den Christdemokraten bleibt nicht nur die Luft weg wegen des als dreist empfundenen Anspruches. Da die von Angela Merkel geführten Koalitionsgespräche zu nichts führen, beginnt langsam die innere Demontage der Kanzlerkandidatin. Hinzu kommt die Hängepartie durch den unsicheren Wahlausgang in Dresden. Die SPD bemüht sich um Überläufer aus der Linkspartei, um doch stärkste Fraktion zu werden.

Je schwächer Merkel erscheint, desto stärker wirkt Schröders Führungsanspruch. Zudem verschärft sich in den kommenden Tagen der Druck auf die kleinen Parteien, doch mit der SPD zu koalieren. Der Trick: Unisono weisen führende Sozialdemokraten darauf hin, dass die SPD in Wirklichkeit stärkste Partei sei. CDU und CSU bildeten schließlich nur einen Fraktionsverbund im Bundestag.

Die Schröder-Leute erläutern ihren Parteifreunden einen dritten Vorteil dieser Variante: Die SPD würde auch profitieren, wenn am Ende alle Versuche für eine Regierungsbildung scheitern würden. In die dann nötig werdenden Neuwahlen ginge die SPD nicht mehr als chancenlose und abgeschriebene Partei, sondern mit völlig neuer Siegeszuversicht - und eben einem klaren Führungsanspruch. Der Blick auf mögliche Neuwahlen sorgt letztlich auch bei der Union für ein Umdenken. Nach zwei erfolglosen Anläufen bei Bundestagswahlen gegen Schröder schwenkt man in der internen Strategie um: CDU/CSU akzeptieren die große Koalition unter seiner Führung. Allerdings ist man nur unter einer Bedingung bereit, das Bündnis einzugehen: Nach zwei Jahren wird der Kanzler gewechselt. Dann würden CDU und CSU die Regierung führen - die Union hätte ihr Gesicht gewahrt.

Der politische Vorteil dieses Deals wäre, dass CDU und CSU durch diesen Wechsel den mittlerweile zum Angstgegner mutierten Schröder politisch entsorgen könnten, wenn auch mit einer Zeitverzögerung von zwei Jahren. Einige im CDU-Präsidium argumentieren, dass die Union mit einer Kanzlerin auch eine bessere Ausgangsposition für die nächste Wahl hätte. Nicht offen angesprochen wird von einigen CDU-Granden eine weitere Überlegung: Ist Angela Merkel erst einmal "Vize-Kanzlerin", könnte dies ihre politische Karriere schneller beenden. Mögliche Nachfolger in der Partei hätten noch zwei Jahre Zeit, sich warmzulaufen.

Die Parteispitzen schließen deshalb ein rot-schwarzes Bündnis, das allerdings in beiden Volksparteien zunächst für große Aufregung sorgt. Der rechte Rand der CDU und der linke Flügel der SPD versuchen gar den Aufstand, reden von Verrat. Aber die Mehrheit der großen Koalition im Bundestag ist so groß, dass sie auch Parteiaustritte gut verkräften kann. Die rot-schwarze Mehrheit für eine Wahl von Bundeskanzler Gerhard Schröder steht.

*Autor: Rinke, Andreas*

*Quelle: Handelsblatt, Nr. 182, 20.09.05, 6*